

Ausschuss für Inneres und Sport
(98. Sitzung am 25. August 2016)

Beratungsthemen:

Der Ausschuss besprach vor Eintritt in die Sitzung interne Angelegenheiten und setzte von daher TOP 1 von der Tagesordnung ab.

1. **Verfahrensfragen**

abgesetzt

2. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss erörterte Terminfragen.

3. **Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/5736](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab und empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Gesetzentwurf mit zwei redaktionellen Änderungen anzunehmen. Die schriftliche Berichterstattung übernahm Abg. Angelika Jahns (CDU).

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes im Land Niedersachsen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/2161](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP der Empfehlung des - federführenden - Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes an, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung (Vorlage 34) zu empfehlen.

5. **Vertrauen zurückgewinnen: Für mehr Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und parlamentarische Kontrolle beim niedersächsischen Verfassungsschutz**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/1985](#)

Der Ausschuss stellte die Mitberatung zur Abgabe einer Stellungnahme auf Antrag der antragstellenden Fraktionen bis zur Vorlage eines Änderungsvorschlags zurück.

6. a) **Deutlicher Anstieg der Einbruchskriminalität - Niedersachsen muss bei der Bekämpfung der Einbruchskriminalität besser werden**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/5484](#)
- b) **Einbruchskriminalität effektiv bekämpfen**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/5698](#)

Der Ausschuss führte zu den Anträgen eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- *Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens*
- *Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V.*
- *Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB*
- *Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen*
- *Bund Deutscher Kriminalbeamter*
- *Weißer Ring e. V.*
- *Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)*
- *VGH Versicherungen*
- *Haus & Grundeigentum Hannover e. V.*
- *Verband Wohneigentum Niedersachsen e. V.*
- *Architektenkammer Niedersachsen*